

Das Klima nach links schieben!

Dieser Parteitag verlief ohne lange Diskussionen und Anträge. Man spürte die Zurückhaltung der Delegierten, steht Thüringen doch vor einem Politikwechsel. Natürlich waren auch die Medien zahlreich vertreten. In den letzten Wochen hatte man dort versucht, das Bündnis Rot-Rot-Grün schlecht zu reden. Man unterstellte uns Lippenbekenntnisse, um an die Macht zu kommen. Thomas Voss vom DGB brachte es auf den Punkt: „Die CDU betrachtet dieses Land als ihres ... sie befürchtet einen Machtverlust.“ Es ist die Angst davor, dass wir es besser machen.

Susanne Henning-Welsow machte den Delegierten Mut, die Herausforderung anzupacken, dafür haben wir 24 Jahre in der Opposition gestritten. Nun können wir ein soziales gerechtes Thüringen gestalten, auch wenn uns auf vielen Gebieten die Hände gebunden sein werden – sind doch überall die alten CDU-Strukturen vorhanden. Bei den Verhandlungen mussten wir schmerzhaft Zugeständnisse machen. Die Diskussion über eine objektive Aufarbeitung der Geschichte in beiden deutschen Staaten muss weiter gehen. „Unrechtsstaat“ ist ein politischer Kampfbegriff zur Abwertung der DDR-Geschichte. Die Lebensleistungen der Menschen, welche ehrlich und aufrichtig gearbeitet haben, kann man nicht herabwürdigen. Bereits 1990 hatte sich die PDS mit der Geschichtsaufarbeitung beschäftigt und sich bei jenen Menschen entschuldigt, denen Unrecht geschah. Wo ist aber die Erklärung der CDU zur Mitverantwortung? Die groß angelegte Kampagne zielt doch darauf ab, uns zu spalten. Gerade in dieser so wichtigen Zeit dürfen wir das nicht zulassen.

Bodo Ramelow ging in seiner Rede auf die bevorstehenden großen Herausforderungen ein – Niedriglöhne, Langzeitarbeitslosigkeit, starke Kommunen, keine Neuverschuldung, Energiewende, Bildung ... All das sind Hinterlassenschaften einer verfehlten CDU-Politik. „Wir müssen das Klima gesellschaftlich weiter nach links schieben, dabei müssen die Sozialdemokraten und Grünen ebenfalls stärker werden ... Die Hoffnungen an uns sind groß. Die Welt ist komplizierter geworden, doch die Konflikte können nur in der Region selbst gelöst werden. Es ist nicht der Islam, der Konflikte hervorbringt, sondern der Missbrauch der Religionen für militärische Gewalt.“

Christiane Kranz



Es ist geschafft!

Liebe Klarsicht-Leser, liebe Genossinnen und Genossen, es ist bereits der zweite Anlauf, diesen Artikel auf den Weg zu bringen. Die aktuellen Ereignisse haben mich verschiedene Abschnitte wieder neu überarbeiten lassen. Es ist geschafft, die erste Rot-Rot-Grüne Landesregierung ist möglich. Am 19. November wurde uns wie geplant der Koalitionsvertrag der drei Verhandlungspartner vorgelegt.

Das Projekt Politikwechsel in Thüringen ist in voller Fahrt. Ich gebe zu es, wird kein Spaziergang die Regierungsverantwortung, die Ziele und Wünsche umzusetzen, und es wird ein steiniger Weg, dies in den nächsten fünf Jahren durchzuhalten, die Menschen nicht zu enttäuschen und alle für geplanten Projekte mitzunehmen.

Kostenfreies Kita-Jahr, umfangreiches Arbeitsmarktkonzept, mehr Lehrer oder ausreichende Ausstattung der kommunalen Familie sind nur einige Schwerpunkte des Koalitionsvertrages für die nächsten Jahre. Hohes Verantwortungsbewusstsein

und eiserne Disziplin werden von den Regierungsparteien, aber auch von jedem einzelnen Abgeordneten verlangt. Mit einem Kassensturz wird alles beginnen und mit ersten Sofortmaßnahmen fortgesetzt.

Die Erwartungen der Menschen, der Politiker und der Gesellschaft an diese neue Regierung sind sehr hoch. Aber auch die Zustimmung aus der Bevölkerung ist groß. Aussagen, wie: „... endlich etwas ändern“, „... es wird Zeit“ oder „Viel Erfolg, macht weiter so!“ sind die ersten Reaktionen auf das Zustandekommen dieser neuen Regierung. Natürlich prognostiziert man den Untergang des „Abendlandes“, wenn die „Roten“ erst einmal das Ruder übernommen haben. Presse und Medien sind von hasserfüllten, unglaubwürdigen und verleumderischen Kommentaren, Interviews und Statements gefüllt. Sachliche Berichterstattung zu Zielen und Umsetzung aus dem Koalitionspapier werden vermieden oder in Panikscenarien und Angstparolen verwandelt.

> Seite 3

Es ist geschafft!

> Seite 1

25 Jahre nach der Wende finden wir verarmte Kommunen, prekäre Beschäftigung, soziale Ausgrenzung und Eingrenzung der Demokratie zunehmend in der Gesellschaft wieder. In Thüringen haben wir die Chance, mit kleinen Schritten diese Situationen zu ändern. Die Veränderung der Bedingungen für ein gerechteres Leben, eine Chance für die Teilhabe aller Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft und die Sorge um ein erfülltes Leben bedarf dem politischen Willen der verantwortlichen Regierungsparteien. CDU, FDP und bisherige Koalitionsmodelle haben diesen nicht wirklich gehabt. Versprechungen, Hoffnungen und eine zögerliche Erwartungshaltung haben die jetzige Situation in den Städten, Gemeinden oder den ländlichen Raum geschaffen. Wir und die neue Regierung wollen es anders machen, nicht weil es die anderen Regierungen bisher nicht konnten, sondern weil sie es nicht anders wollten.

Wir als Linke fordern von je her ein anderes Bildungssystem, ein anderes Finanzsystem, eine andere Beteiligung der Menschen am gesellschaftlichen Leben und die gemeinsame Entwicklung von Kommune und Wirtschaft. Thüringen muss weg von dem Status Billiglohnland Nummer eins in Deutschland zu sein. Junge Menschen wollen eine Familie gründen, ihren Lebensablauf planen und Gesellschaft mitgestalten. Dazu ist es notwendig, Arbeitsplätze und notwendige Strukturen für die Familienplanung zu schaffen. Investoren wollen in Städte, die ein kulturelles Angebot, eine gesunde Infrastruktur und weiche Standortfaktoren haben. Wenn die Straßen kaputt sind, die Kitas und Schulen unpassende Betreuungszeiten haben oder die Einkaufsmöglichkeiten außerhalb der möglichen Freizeit liegen, wird man die Gemeinde als Wirtschaftsstandort meiden. Deshalb ist es nicht immer wichtig die Investition zu fördern, sondern den Standort lebens- und lebenswert zu machen. Auch dazu haben wir Angebote.

Es ist schon verwunderlich, wenn plötzlich parteinahe Landrätinnen und Landräte der letzten Regierung einen For-

derungskatalog aus dem thüringischen Landkreistag auf den Weg bringen, in dem die neue Regierung eigentlich aufgefördert wird, die von der alten Regierung aufgebauten Missstände endlich zu beseitigen. Forderungen, die wir seit 25 Jahren anmahnen, Entwicklungen, die wir seit Jahren kritisieren. „Schwarzmalter und Populisten“ hat man uns beschimpft, um die eigenen Entscheidungen zu rechtfertigen.



Was jetzt alles vor und hinter der Öffentlichkeitsbühne passiert, ist anstrengend, aufregend, beleidigend, frustrierend, verleumderisch und manchmal zu emotional. Man spricht uns von vorne herein schon Kompetenz ab, obwohl wir noch gar nichts entschieden haben. Vom Untergang des „Abendlandes“ über Enteignung und wirtschaftlichen Zusammenbruch findet man hier alles. Hinzu

kommen die persönlichen Anfeindungen bis Bedrohungen einzelner Mitglieder unserer Partei und Sympathisanten. Das hätten wir uns einmal in den Regierungszeiten von CDU erlauben dürfen, dann hätten wir die Macht des Staatsapparates zu spüren bekommen. Schon Aktionen, wie Proteste gegen Naziideologien werden kriminalisiert und demokratische Kräfte unter Beobachtung oder Strafandrohung gestellt.

Wir werden das Projekt „Politikwechsel – jetzt“ in Thüringen verwirklichen und die Menschen zu diesem Projekt einladen. Unser Dank geht an alle, die diese anstrengende Zeit genutzt haben, den Politikwechsel vorzubereiten – alle, die in spannenden Diskussionen und Verhandlungen ein Papier auf den Weg gebracht haben, was Arbeitsauftrag und Richtungspapier gleichzeitig für die nächsten fünf Jahre ist. Tun wir alles, um dieses Papier mit Leben zu erfüllen. Die Menschen in Thüringen haben es verdient. Möge dieses Papier Geschichte schreiben und eine gute Vorlage für andere Länder sein.

Bernd Fundheller,
Kreisvorsitzender DIE LINKE,
Kreisverband Gotha,
Stellv. Landesvorsitzender Thüringen

Thüringen gemeinsam voranbringen!

In einer wichtigen Phase der neuen Legislatur, nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen und vor der Neuwahl des Thüringer Ministerpräsidenten, hat die Linksfraktion in einer zweitägigen Klausur in Elgersburg über ihre Aufgaben beraten. Im Sinne des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“ verständigten sich die Abgeordneten über ihre hohe Verantwortung für die Zukunft des Freistaates und signalisierten dem Fraktionsvorsitzenden und designierten Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, ihre volle Unterstützung. Damit wird die Fraktion Bodo Ramelow offiziell als ihren Vorschlag zur Ministerpräsidentenwahl benennen. Von großem Interesse waren die zu Beginn der Tagung von Christian Görke, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg und Vorsitzender der Landespartei, vorgetragenen Erfahrungen der LINKEN in Regierungsverantwortung und die wichtige Rolle der Fraktion als parlamentarische Kraft. Susanne Hennig-Wellsow, Abgeordnete der Linksfraktion und Vorsitzende der Thüringer Linkspartei, berichtete über die Koalitionsverhandlungen und den hervorragend angelaufenen Mitgliederversammlung zu den Eckpunkten des Koalitionsvertrages: Nicht nur aus den Reihen der Partei, sondern aus allen Schichten der Thüringer Bevölkerung erfahre sie eine überwältigende Zustimmung. „Nach 25 Jahren gibt es in Thüringen die reale Chance, unter Führung eines linken Ministerpräsidenten Politik für und mit den Menschen zu gestalten. Das ist eine historische Verantwortung, der wir mit aller Kraft gerecht werden wollen“, betont Susanne Hennig-Wellsow.

Presse-Information DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag vom 25.11.2014

Unrechtsstaat oder nicht?

Genosse Lothar Adler meint:
„So tief werde ich nicht sinken ...“

Ja, in der DDR gab es eine Menge Unrecht, viel mehr und viel schlimmer, als die Mehrheit der in ihr lebenden Menschen sich je haben vorstellen können. Und wir, die wir uns besonders hervor getan haben bei ihrem Aufbau, tragen dafür die größte Verantwortung. Und es kann auch niemand frei gesprochen werden, weil er sich in konkreten Fällen menschlich anständig verhalten hat. Und ich gehörige nicht zu jenen, die das Verschwinden der DDR einzig dem Verrat Herrn Gorbatschows zuschreiben. Es ist deshalb auch Zweck unserer jetzigen Politik als Partei DIE LINKE, allen von solchem Unrecht Betroffenen Wiedergutmachung und Entschädigung angedeihen zu lassen, so weit dies überhaupt möglich ist.

Dass für die CDU, die SPD, die Grünen, für andere etablierte Parteien und eine beträchtliche Anzahl gewesener DDR-Bürger die Deutsche Demokratische Republik in der Konsequenz ein Unrechtsstaat war, leuchtet ein. Die vom Landesvorstand für die Sondierungsgespräche beauftragte Gruppe hat nun die Formel „DDR = Unrechtsstaat“ im Sondierungsprotokoll verankert oder sich zumindest darauf eingelassen. Was immer sie dazu bewegen haben mag, oder unter welchem Druck das zustande kam, kann ich nicht einschätzen. Solche Gespräche finden zu recht nicht im Zirkus statt.

Aber – ich halte die Einführung und die Akzeptanz der genannten Formel für einen schweren Fehler und vermeidbaren Fehler. Der Begriff „Unrechtsstaat“ ist so vielfältig interpretierbar, dass er für die sachliche Bewertung der Verfasstheit und der Verfassungswirklichkeit der DDR untauglich ist.

Die Gegenüberstellung „DDR = Unrechtsstaat, BRD = Rechtsstaat“ liefert nämlich auch das für die etablierten Parteien angenehmste Ergebnis: die Seligsprechung der kapitalistischen Gesellschaftsgrundlagen der Bundesrepublik Deutschland. Und das bedeutet, die eigentlich fassungslose Nachsicht mit alten und neuen Nazis gut zu heißen, das bedeutet, Sabotage und Embargos ebenso als gerecht-

fertigt anzusehen wie die jahrzehntelang betriebene internationaler Ausgrenzung und Benachteiligung der DDR und ihrer Bürger. Es bedeutet gut zu heißen, gegen Jugoslawien völkerrechtswidrig in den Krieg gezogen zu sein, grenzenlos Sozialabbau zu betreiben, das Asylrecht zu verstümmeln, die Reichen

limität des Versuchs, mit ihrer Gründung einen grundsätzlich friedlichen und antikapitalistischen Weg einzuschlagen. Und das ist in meinen Augen nicht nur historisch falsch, sondern auch eine politische Dummheit.

Nicht nur SPD und Grüne, aber auch sie, haben es immer als unwiderlegbaren Beweis für den diktatorischen Charakter der DDR angesehen, dass beinahe jeder, der in ihr lebte, zu beinahe jeder Gelegenheit genötigt gewesen sei, Gelübde und Gelöbnisse abzulegen, Fahnen- und andere Eide zu schwören oder auf andere Weise seine Loyalität gegenüber dem „System“ DDR zu bekunden. Jetzt also haben SPD und Grüne das Recht erworben, ähnliches von den Mitgliedern der Partei DIE LINKE zu fordern. Herzlichen Glückwunsch! Woher ziehen sie dieses Privileg? Wer eine Unterwürfigkeitsgeste als Eintrittskarte für gemeinsamen politischen Agieren verlangt, muss sich die Frage gefallen lassen, wie ernst es ihm mit dem Verhandeln wirklich ist. Es liegt der Verdacht sehr nahe, dass man lediglich den Grund konstruieren will, um bei Bedarf „anständig“ aus dem „Schmusekurs“ mit den LINKEN herauszufinden.

Wenn es in absehbarer Zeit in Deutschland eine Bundeskanzlerin oder einen Bundeskanzler mit SPD-Parteibuch geben soll, dann ist das ohne die Unterstützung der Partei DIE LINKE unmöglich. Deshalb muss diese Partei domestiziert, tauglich und einigermaßen vorzeigbar gemacht werden. Mit einer Demutsgeste dieses Ranges scheint das zu funktionieren.

Es ist also auch nicht ein allein landespolitisch bedeutungsvolles „Zugeständnis“ sondern eines mit möglicherweise weitreichenden bundespolitischen Wirkungen. Ergo – eine Aufgabe der gesamten Partei

Ja, ich kann mir beinahe jeden politischen Kompromiss vorstellen, der des Regierens willen zum Wohle der in Thüringen lebenden Menschen uns abverlangt werden könnte. Eine Seligsprechung der Bundesrepublik und die Verneinung der Legitimität der DDR-Gründung als antikapitalistischen Gesellschaftsentwurf aber nicht! Es widerspräche auch nicht unserem Parteiprogramm!

Lothar Adler, Erfurt

ARTIKEL

102

Auszug aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.4.1968

- (1) Jeder Bürger hat das Recht, vor Gericht gehört zu werden.
- (2) Das Recht auf Verteidigung wird während des gesamten Strafverfahrens gewährleistet.

ARTIKEL

103

- (1) Jeder Bürger kann sich mit Eingaben (Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden) an die Volksvertretungen, ihre Abgeordneten oder die staatlichen und wirtschaftlichen Organe wenden. Dieses Recht steht auch den gesellschaftlichen Organisationen und den Gemeinschaften der Bürger zu. Ihnen darf aus der Wahrnehmung dieses Rechts kein Nachteil entstehen.
- (2) Die für die Entscheidung verantwortlichen Organe sind verpflichtet, die Eingaben der Bürger oder der Gemeinschaften innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen.

ARTIKEL

104

- (1) Für Beschwerden gegen Entscheidungen zentraler Organe des Ministerrates ist der Ministerrat zuständig.
- (2) Für Beschwerden gegen Leitungsentscheidungen des Ministerrates, des Obersten Gerichts oder des Generalstaatsanwalts ist der Staatsrat zuständig.

ARTIKEL

105

- (1) Für Beschwerden gegen Entscheidungen örtlicher Staatsorgane ist der Leiter des Organs zuständig, welches die angefochtene Entscheidung getroffen hat. Ändert der Leiter die Entscheidung nicht, ist der Beschwerdeführer berechtigt, sich an den Beschwerdeausschuß der zuständigen Volksvertretung zu wenden.
- (2) Die Aufgaben und Rechte der Beschwerdeausschüsse werden durch Erloß geregelt.

immer reicher und die Armen immer ärmer werden zu lassen. Und es vereinfacht die Verbreitung des gefährlichen Märchens von den „zwei aufeinander gefolgt Diktaturen in Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Der ehrlichen und schonungslosen Aufklärung der DDR-Geschichte dient es nicht, wenn sich eine große Anzahl der gewesenen Akteure dieser Aufgabe verweigern wird, weil das Ergebnis schon festzustehen scheint: „DDR = Unrechtsstaat“ in seiner ganzen Interpretationsvielfalt!

Wer der Auffassung ist, dass die DDR prinzipiell und strukturell von Anfang an ein Unrechtsstaat war, der negiert die Legi-

Der Haushaltsplan 2015

Senkung der Kreisumlage und Sanierung des Gymnasium Ernestinum im Blick

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Gotha begrüßt, dass der Landrat trotz einiger Unwägbarkeiten einen Planentwurf vorlegte, der den gesetzlichen Pflichten Rechnung trägt. Wenn alles gut geht, haben wir am Jahresanfang 2015 einen genehmigten Haushalt und können auf vorläufige Haushaltsführung verzichten.

In drei Sitzungen befassten wir uns sehr ausführlich mit den vorliegenden ca. 500 Seiten, in denen uns die Kreisverwaltung vorlegte, für welche Maßnahmen im kommenden Jahr Gelder bereitstehen sollen. Festzustellen ist, dass der Gürtel wie in den letzten Jahren sehr eng geschnürt werden muss.

Eine höhere Belastung der Kommunen durch die Kreisumlage scheint auf den ersten Blick gestoppt, auf den zweiten Blick erkennt man im Zahlenwerk, dass diese zwar prozentual fast gleich bleibt, aber nominal für die meisten Gemeinden eine Erhöhung bedeuten wird. Die Kreisumlage steigt zahlenmäßig um 2,8 Mio. Euro. Damit liegt sie allerdings noch 1,6 Mio. Euro unter dem in der Finanzplanung ursprünglich angesetzten Betrag. Das Investitionsvolumen sinkt, rund 2,2 Millionen Euro sollen hier von der Verwaltung weniger ausgegeben und Maßnahmen auf

kommende Jahre verschoben werden. Erwartungen waren geweckt, die durch die Verschiebungen dann nicht erfüllt werden können. Ein bereits vorhandener Investitionsstau wird für kommende Haushaltsjahre weiter erhöht.

Im Entwurf der Kreisverwaltung wurden auch keine Gelder zur dringend notwendigen Sanierung des Gymnasiums Ernestinum eingeplant, obwohl im Jahr 2013 für 150 000 Euro Planungsleistungen erbracht wurden. Dafür gab es bisher auch keine Mehrheiten im Kreistag.

Mit ihren Änderungsanträgen wollen die linken Kreisräte und sachkundigen Bürger für die Sanierung des Gymnasiums Ernestinum und die Senkung der Belastung der Kommunen eintreten. Inzwischen ist absehbar, dass sich alle Fraktionen bemühen, bereits für 2015 den politischen Willen für eine Lösung für das Ernestinum in Zahlen zu gießen.

Zur Finanzierung unserer Anträge schlagen wir bewusst die Tilgungsaussetzung für ein Jahr vor, defacto kommt das einer Kreditaufnahme gleich. Um notwendige Investitionen durchzuführen, wird im Antrag 1 der Schuldenabbau (Tilgung)ver-

zögert. Diesen Vorschlag unterbreiten wir aus wenigstens 3 Gründen:

1. Aus vergangenen Haushaltsjahren wurde deutlich, dass im Kreishaushalt „stille Reserven“ eine mögliche Kreditaufnahme abwenden.

2. Eine seit 2 Jahren geplante Gewinnausschüttung der Helios-Klinik ist bisher nicht gekommen und der HH wurde trotzdem ohne 2 Mio. Euro Schulden abgeschlossen.

3. Jede Partei hatte im Wahlkampf mehr Mittel für die Kommunen zugesagt. Konkret sehen die Pläne von rot-rot-grün 100 Mio. Euro für die Kommunen und davon 50 Mio. Euro für Schulinvestitionen vor.

Im ersten Fall könnte und im 2. Fall muss ein Nachtragshaushalt her. Die Kreisumlage könnte mit unseren Anträgen um ca. 600 000 Euro gesenkt werden. Für das Ernestinum wollen wir 1 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Durch ein technisches Problem beim Versenden der Email an das Kreistagsbüro sind unsere Änderungen erst um 00.00 Uhr im Landratsamt eingegangen und werden vom Landrat nicht mehr anerkannt, verfristet heißt das im Amtsdeutsch. Auch wenn unsere Anträge vermutlich nicht aufgerufen werden, sind wir davon überzeugt, dass auch durch unser Wirken Handeln ausgelöst wurde.

Vera Fitzke,
Mitglied des Kreistages

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

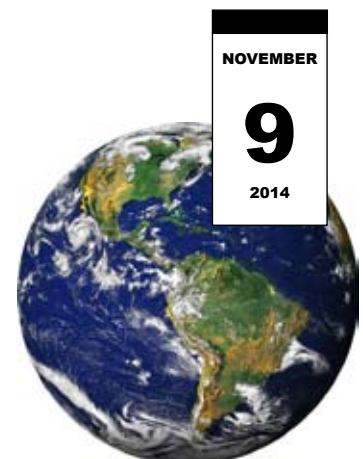
Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856 164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Der neunte November

Der „Schicksalstag der Deutschen“ und was am 9. November sonst noch in der Welt passierte

- 1804 Einzug der Großherzogin Maria Pawlowna in Weimar
- 1848 Bürgerliche Revolution in Deutschland, Erschießung Robert Blums
- 1892 Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft, u.a. von Berta von Suttner
- 1918 Novemberrevolution in Deutschland, Ausrufung der „Deutschen Republik“ durch Phillip Scheidemann und der „Räterepublik“ durch Karl Liebknecht
- 1918 Gründung der „Roten Fahne“ von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
- 1923 Kapp-Putsch, Einmarsch der Reichswehr in Mitteldeutschland
- 1923 Niederschlagung des Hitler-Ludendorff-Putsches in München
- 1925 Gründung der „Schutzstaffel“ (SS) durch Adolf Hitler
- 1933 „Reichsprogromnacht“ (Beginn der Judenverfolgung durch die deutschen Faschisten)
- 1944 Verleihung des Nobelpreises für Chemie an Otto Hahn
- 1949 bis 1989 Tag des Chemiearbeiters in der Deutschen Demokratischen Republik
- 1967 „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ (Plakatenthüllung an der Hamburger Uni)
- 1989 „Fall der Berliner Mauer“ (Grenzöffnung der DDR zur BRD)
- 1992 Inkrafttreten des KSE-Vertrages von 1990 zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt
- 1999 Verurteilung von vier deutschen Hooligans wegen des Überfalls auf einen französischen Gendarmen



> S. 7

Sprache und Erinnerung

Klärende Worte zum Faschismus-Begriff

Ein Denken, das sich dem Faschismus zuwendet und doch von diesem Begriff weglenkt wird, begegnete mir, als ich im Konzentrationslager Mittelbau-Dora die veränderte Beschriftung zum Relief der Toten und Überlebenden des Sondershäuser Bildhauers Heinz Scharf von 1979 und die ursprüngliche Widmung „Ruhm und Ehre den Helden des antifaschistischen Kampfes aus 21 Nationen von 1943-1945“ trug. Nach der „Wende“ wurde der Spruch „Zum Gedenken an die Menschen, / die an diesem Ort / Opfer der nationalsozialistischen / Verbrechen wurden“ angebracht. Der Künstler, der die Schrift gestaltet hatte, wurde davon nicht informiert.

Die Worte „Helden“ wie „Ruhm und Ehre“ erschienen nicht verwendbar. Vermutlich, weil sie nicht die reale Situation der Häftlinge erfassen und aus floskelhaftem Sprachgebrauch entstammen. Zumal die Legende eingebettet war, dass der Politiker der KPD Albert Kuntz, der am 23. Januar 1945 im KZ Mittelbau-Dora ermordet wurde, das Lager als „Held“ befreit habe.

Ebenso gilt heute der Begriff vom „antifaschistischen Kampf“ als nicht korrekt. Die neue Widmung spricht von den „Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen“ und folgt der nach 1945 im Westen gebräuchlichen und nach 1990 sich ausbreitenden Historikersprache. Vor allem Ralph Giordano lehnt vehement den Begriff „Faschismus“ für Deutschland ab mit der Begründung, mit diesem werden deutsche, italienische, spanische, ungarische oder chilenische Faschisten nivelliert und die Verbrechen der Nationalsozialisten relativiert. Wer aber „faschistisch“ wie „antifaschistisch“ ablehnt und dafür von „nationalsozialistisch“ spricht, wer also zur faschistischen Diktatur „nationalsozialistische Diktatur“ sagt und zur faschistischen Gesinnung „Nationalsozialismus“ („National Socialism“), geht der demagogischen Selbstetikettierung auf den Leim.

Mit diesem Propagandabegriff und ihrem Selbstbild wollten die Nazis damals den Eindruck erwecken, eine auf Veränderung drängende Stimmung im Volk aufgreifen und sozialistische Ideen verwirklichen zu wollen. Doch Hitler erklärte: „Unser Sozialismus ändert nicht die äußere Ordnung der Dinge“, womit er



Relief in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora.

das gegenrevolutionäre Wesen der „völkischen Revolution“ betonte. Und es waren keine sozialistischen Überlegungen, die Hitler bewegten, seinen „Kampfgenossen“ Ernst Röhm, der mit antikapitalistischen Parolen eine „Zweite Revolution“ forderte, erschießen zu lassen. Selbstbenennungen deuten oft auf trügerische Absichten. Aber entscheidend ist nicht, wie jemand sich nennt, sondern was er wirklich ist. Zwar wirkt die Benennung auch, aber sie ist nicht entscheidend.

Das versuchte die KPD in ihrem Programm von 1930 zur nationalen und sozialen Befreiung klarzustellen, sie wollte die Grenzlinie zwischen Kommunisten und Nazis verdeutlichen. Doch das Programm verwischte den Unterschied, weil manche weiter glaubten, dass die Nazis etwas mit Sozialismus zu tun hätten.

In der Gedenkstätte KZ Dachau bemerkt man anscheinend nicht die eigene unlogische Begriffsverwendung in dem an sich auskunftsfähigen Text in der Ausstellung: „Der Nationalsozialismus bündelte und radikalisierte eine Vielzahl von politischen Haltungen, die in der Gesellschaft verbreitet waren, insbesondere Nationalismus, Imperialismus, Sozialdarwinismus sowie Ressentiments gegenüber Liberalismus, Demokratie und sozialistischer Arbeiterbewegung.“ Also stellt man hier zwar richtigerweise Nationalsozialismus gegen Sozialismus, der im Begriff „sozialistische Arbeiterbewegung“ versteckt ist, aber verbleibt bei der widersprüchlichen Begriffsverwendung. Denn das Bestimmungswort „National“ als erstes Glied des Kompositums bestimmt den Zweck, das Ziel und die räumliche Ausdehnung des zweiten Gliedes „Sozialismus“. Und obwohl die einengende Bestimmung teils sogar aufhebend ist, wird mit diesem Grundwort eine Bedeutung signalisiert, die von den Faschisten nicht angestrebt wurde.

Verwendet werden in Russland „Faschist“ und „Faschismus“ oder in Polen

„wokresie przemocy hitlerowskiej“ (Zeit der Gewaltherrschaft Hitlers). Dort lehnt man den Begriff „Nationalsozialisten“ als zu harmlos ab. Andere, wie Renate Lasker-Harpprecht, sprechen von „Nazi-Deutschen“ oder „SS-Deutschen“. Man könnte sich durchaus mit dem Kurznamen „Nazis“ behelfen und von Nazi-Diktatur, -Ideologie, -Reich, oder -Größen sprechen oder heute von Neonazis. Dennoch erscheinen mir weiterhin „Faschisten“ und „Faschismus“ die treffenderen Schlüsselbegriffe zu sein, weil sie sich nicht in konkreten politisch-ökonomischen Begriffen verfangen und einen historischen Hintergrund besitzen. Das italienische *Fascio* als anachronistische lateinische Bezeichnung für Rutenbündel im antiken Recht war für die Faschisten ein mythisch verklärtes und aufladbares System, in dem sie alle Drangsalierungen zu ihrem „Recht“ subsumieren konnten. Damit erfasst der Begriff „Faschismus“ bildhaft die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Umstände, den Totalitarismus, und schließlich deren Wesenskern, entsprechend der Dimitroff-Formel: terroristisch, menschen- und menschenrechtsfeindlich und letztlich kriegstreibend. Die Einzigartigkeit des deutschen Faschismus sei mit dem Attribut „deutsch“ benannt.

Die offizielle Festlegung auf das Wort „Nationalsozialismus“ beabsichtigt offenbar, mit Rückblick auf den gescheiterten Realsozialismus, diesen in eine solche Nähe zu führen und eine Abwertung des Begriffes Sozialismus vorzunehmen und damit letztlich die Sache, die Gesellschaftsordnung, antisozialistisch in Misskredit zu bringen. Zugleich möchte man damit den konsequenten Antifaschismus der DDR in Frage stellen.

In deutschen Institutionen gibt es fragliche Mentalitäten. Wie soll man sich erklären, warum der Deutsche Fußball-Bund zwar Aktionen gegen Fremdenhass, Diskriminierung und Rassismus betreibt, aber kürzlich zu einem Nationalspiel im Hamburger Stadion verbietet, dort in ranggroßer Form den Slogan „Kein Fußball den Faschisten“ zu zeigen. Da scheint immer noch im Untergrund, wie auch bei der Aufklärung zur NSU zu bemerken, ein faschistischer Geist zu schwelen.

Text und Foto: Prof. Dr. Peter Arlt (Aus der Zeitschrift Ossietzky, dem Themenheft „Erinnerungspolitik“, Heft 17, 2014)

Das Unwort des Jahres

Wenn ich für 2014 ein Unwort des Jahres wählen könnte, plädierte ich für „Unrechtsstaat“. Die Polemik bei der Benennung der vergangenen DDR als Staat ist inzwischen zu einem ideologischen Kampfbegriff geworden, der bewusst jede differenzierte Auseinandersetzung mit dem DDR-Alltag vermeidet. Warum wohl? Damit man sich nicht mit der eigenen Vergangenheit beschäftigen muss.

Ja, die DDR charakterisierte sich, gemäß ihrer Staatsrechtsdefinition, als eine „Diktatur des Proletariats“ und nach dieser Theorie (Karl Marx), hatte sie ein grundsätzlich anderes Verständnis von Demokratie. Die „bürgerliche“ sah sie als eine Zwischenstation zur „sozialistischen“. Nun hat sich auch die Partei DIE LINKE in Thüringen zu der Kompromissformulierung mit den anderen Parteien bekannt: „Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte. Weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte. Weil jedes Recht und Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat ... die DDR war eine Diktatur und kein Rechtsstaat“.

Das stößt auf wenig Gegenliebe bei manchem der eigenen Genossen und einem Teil der Bevölkerung. Doch man sollte hier kühlen Kopf bewahren und unterscheiden: Die Propagandamaschine der „vereinigten“ bundesdeutschen Medien zielt ausschließlich darauf ab, „dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, der die Leute deformiert hat und wer dort aufgewachsen ist, ist deformiert bis an sein Lebensende ...“ (Gallinat/Kittel). Dieses Gefühl, dass die eigene Biographie gleich mit entwertet worden ist, macht es den meisten „gelernten DDR-Bürgern“ schwer, sich mit der pauschalen Formulierung anzufreunden, obwohl sie inzwischen aus eigener Erfahrung viel besser als die Schar der Apologeten wissen, was den Unterschied zwischen den in den drei DDR-Verfassungen festgeschriebenen Bürgerrechten und der gelebten Verfassungswirklichkeit DDR ausmachte.



Wir sollten aufpassen, dass wir nicht im Nachhinein eine DDR schön reden, die es so nie gab! Es geht hier ausschließlich um demokratische Bürgerrechte und nicht um den sicheren Arbeitsplatz und alle die sozialen Sicherheiten, die heute so viele vermissen.

Auch wenn es schwer fällt, muss schon die Tatsache klar gestellt werden, dass in den DDR-Verfassungen weder ein Verfassungsgericht, noch eine wirklich unabhängige Gewaltenteilung, noch die Möglichkeit echter, freier Wahlen voneinander unabhängiger Parteien verankert waren. Oppositionslegalität, unparteiliche Rechtsprechung, demokratische Herrschaft auf Zeit waren für diese „Diktatur auf Zeit“ (wie von Marx eigentlich angedacht) und wie sich die Herrschaft der „Mehrheit über eine Minderheit“ ursprünglich auch verstehen wollte, nie Verfassungswirklichkeit. Denn, Staat und Recht standen in der DDR immer unter dem ideologischen Vorbehalt der „sozialistischen Demokratie“, d.h. es herrschte grundsätzlich ein Primat der Politik gegenüber dem Recht, denn das „Recht war der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse und der Staat war ihr Machtinstrument“.

Man muss auch zugestehen, dass in Wirklichkeit die führenden Politbüro-Funktionäre immer mehr eine Diktatur der SED-Führung verfestigten. Die Masse der Werktätigen wurde gar nicht gefragt und unter Arbeiterklasse zählten sie zum Schluss alles, was ihnen dafür recht war. Der überwiegende Teil der Bevölkerung ließ den DDR-Alltag über sich ergehen. Die Menschen waren meist ein Rädchen im Getriebe. Natürlich verbrachten wir nicht

jeden Tag mit Daumenschrauben und wurden auch nicht an jeder Ecke von der Stasi bedroht. Alles gezielte, dumme Klischees! Die Mehrheit der DDR-Bürger hatte sich arrangiert, viele aus Überzeugung. Sie haben das „System“ kritisch-fördernd begleitet, immer mit der Absicht es zu verbessern. Manche haben sicher auch aus Angst geschwiegen und die, die Opposition anzeigten, waren bald aus dem Blickfeld verschwunden oder erst gar nicht in ein solches geraten.

Die DDR hat ihre Bürger, wenn sie funktionierten, in Ruhe gelassen; sie war eine „Konsensdiktatur“ (H. Müller). Sie waren „die Angepassten“. Wem der Begriff „Unrechtsstaat“ nicht gefällt, sollte sich fragen: Was war mein Anteil am „Unrechtsstaat“? (H. Müller) Und in diesem Zusammenhang ist es umso bemerkenswerter, dass die Einigung von Rot-Rot-Grün über diesen Begriff „Unrechtsstaat“ hinausgehen will, um die Aufarbeitung von DDR-Unrecht in Angriff zu nehmen. Das hat nämlich bisher ernsthaft niemand versucht. Reden wir gar nicht von den Blockflöten aus den DDR-Blockparteien, die in die gesamtdeutsche CDU bzw. FDP eingegangen sind und keinerlei DDR-Aufarbeitung für erforderlich halten. Reden wir vom ganz normalen Alltag und den Biographien der Menschen in der Diktatur – reden wir von der gewöhnlichen Diktatur der DDR und den stalinistischen Strukturen in der SED. Zeigen wir doch auf, warum und worum sich Menschen in der DDR bemühten, was gelungen und was misslungen war und benennen wir die Ursachen dafür. Vermitteln wir der Jugend heute die Werte wahrer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und nicht die der Diktatur des Kapitals! Das wäre eine Chance, die BRD ein ganz kleines Stück nach Links zu rücken und zu zeigen, dass diese Welt, dass dieses Land nicht alternativlos ist! (York Sand)

**Eure Unrechtsstaatsbürgerin
Klara Klarsicht**

**In einer Diktatur aber hat
Unrecht System. (Christian Carius)**

**In einer Demokratie aber wird
Unrecht geschickt verschleiert. (FK)**

Deutschland einig Unrechtsland

Auf unsres Globus' Planquadraten gab es einst Sklavenhalterstaaten. Die Herren konnten Sklaven töten. Ein Urteil war hier nicht vonnöten. Zu diesen Staaten zählten ja die Südstaaten der USA.

Im deutschen Heiligen Römischen Reich Entstanden – Fliegenpilzen gleich – Feudalstaaten europaweit mit eherner „Rechtsstaatlichkeit“.

Die Ritter, Fürsten oder Grafen Erfanden fürchterliche Strafen: Teeren, Federn oder Pfählen, Brennen, im Senkkasten quälen, Zehnt und Frondienst bis zur Bahre, Kriegsgräueltaten dreißig Jahre.

Der Landbesitz stieg auch rasant durch „Bauernland in Junkerhand“. Doch kein Historienschreiber hat etwas vermerkt vom „Unrechtsstaat“!

Also befassen wir uns gleich mit Bismarcks deutschem Kaiserreich: Ausbeutung blieb die alte Regel durch die hochwohlgeboren Egel.

Dazu kamen die Schlotbarone! Die Hohenzollern auf dem Throne erfanden als Absolutisten Gesetze gegen Sozialisten.

Der Erste Weltkrieg war entbrannt für „Gott, Kaiser und Vaterland“ mit über neun Millionen Toten. Kritik daran war streng verboten, doch kein Historienschreiber hat etwas vermerkt von „Unrechtsstaat“!

In der Weimarer Republik begann ein neues Bubenstück für Junker und Kapitalisten, für Freikorps- und für Kapp-Putschisten.

Sie konnten frei an jenen Tagen Liebknecht und Luxemburg erschlagen. Herr Noske drosch auf Rote ein, denn „Einer muss der Bluthund sein!“

Neue Geschäftsfelder entstanden für Schieber und für Spekulanten. Das Volk hingegen machte Miese Durch Inflation und Wirtschaftskrise.

Der Hindenburg als Waffenbruder brachte den Hitler dann ans Ruder, der als Anstreicher von Beruf das „Tausendjährige Reich“ erschuf. Doch kein Historienschreiber hat etwas vermerkt vom „Unrechtsstaat“!

Dann hatten wir im deutschen Lande am Ruder eine Mörderbande, vor der die Weltgeschichte graust mit den KZs, dem Holocaust, verbranntem Land europaweit, Zerstörung, Hungersnot und Leid.

Die Menschlichkeit kam aus der Mode Für sechzig Millionen Tote. Wovon reden die Medien gleich? Vom Hitlerstaat, vom Dritten Reich! Doch kein Historienschreiber hat etwas vermerkt vom „Unrechtsstaat“!

Die deutsche Bundesrepublik war ein Produkt im Kalten Krieg der USA gegen den Osten als kriegerischer Außenposten.

Was man in Potsdam hoch und hehr beschloss, galt bald nicht mehr. Die Nazi-Richter allesamt blieben auch weiterhin im Amt.

Für Linke schuf man ohne Not Berufs- und KPD-Verbot. Das deutsche Reich bekommt man halt auch nur mit teurem Rechtsanwalt.

Die deutsche Einheit wurde nur zur hässlichen Karikatur. Das Ossi-Volk wurde enteignet. Das war für Geldsäcke geeignet. Doch kein Historienschreiber hat etwas vermerkt vom „Unrechtsstaat“!

Betrachtet alles man bei Lichte, dann war allein in der Geschichte die DDR ein „Unrechtsstaat“, weil sie einst die enteignet hat, die schon seit Hunderten von Jahren die herrschaftlichen Räuber waren.

Die DDR war doch ein Land, das diplomatisch anerkannt. Es konnte „Unrechtsstaat“ nicht sein, sonst wäre selbst ein Totenschein, die Ehe- und Geburtsurkunde ein Thema für die Märchenstunde.

Die DDR war einfach nur – wie andre – eine Diktatur, in der man oftmals – in der Tat – das eigne Recht verbogen hat.

Und deshalb war sie zweifellos nur jene des Politbüros. Und außerdem kam noch dazu die Gängelei durch die SU.

„Unrechtsstaat“ ist doch nur Hohn und steht in keinem Lexikon. Die Deutungshoheit stets besitzt, wer nah genug am Fresstrog sitzt.

Wer dumm vom „Unrechtsstaate“ redet, ist boshaft oder leicht verblödet. Denn Dummheit ist in jedem Fall Noch grenzenloser als das All.

Heinz Niedermeier

Ha-ha!



PS. Die CDU hat nicht nur Schwierigkeiten, immer wieder ihre eigene Geschichte zu über-tünchen und weich zu zeichnen, sie hat auch Schwierigkeiten mit ihrem Schlüsselbegriff zur Beschreibung der DDR. Der »Unrechtsstaat« ist ein propagandistischer Kampfbegriff, der nicht aufklären, sondern brandmarken soll. Wenn wir in der Bewertung der DDR weiterkommen wollen, dann brauchen wir eine neue Sachlichkeit im Umgang mit der DDR-Geschichte und mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Ich werde weiter das verordnete DDR-Geschichtsbild hinterfragen ... Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag.

Der neunte November

> S. 4

- 2005 Start der ESA-Raumsonde vom kasachischen Weltraumbahnhof Baikonur
- 2006 „Stasi-Topagent“ Markus Wolf (DDR-Aufklärer und Chef der HVA des MfS) gestorben
- 2007 Beschluss des Deutschen Bundestages zur Datenspeicherung
- 2008 Konjunkturprogramm der VR China in Höhe von 460 Mrd. US-Dollar beschlossen
- 2009 Erste Jamaika-Koalition auf Landesebene im Saarland (CDU/FDP/Grüne)
- 2010 Nikolaus Schneider Nachfolger von Margot Käßmann (Synode der Ev. Kirche in Dtl.)
- 2011 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Fünf-Prozent-Klausel bei EU-Wahlen
- 2012 Rücktritt von David Petraeus, Chef des US-Geheimdienstes CIA

Ami – der Zauberlehrling (frei nach Goethe)

Hat sich der alte Hexenmeister in den Höllenschlund begeben.
Nun sollen seine bösen Geister auch nach meinem Willen leben.
Seine Teufelswerke eigne ich mir an,
bastle mit Geistesstärke am Weltherrschaftsplan.

Walle, walle, hetze, schrecke,
dass zu meinem Herrschaftszwecke
ständig Blut und Tränen fließen,
sie sich dann im besten Falle
über alle Welt ergießen.

Und nun komm, Bildzeitungsleser, werde hohler Ignorant
und am Ende ein ganz böser, hinterhältiger Brigant.
Ich entwickelte mich prima, fraß mich kugelrund und dick.
Nagasaki, Hiroshima waren erstes Meisterstück.

Knalle, knalle! Angst und Schrecken
bringe ich in alle Welt.
Hunderttausende verrecken
für mein blutbeflecktes Geld.

Hunderttausende von Toten kostete mein mieser Plan.
Danach griff ich noch die Roten in Vietnam und Kambodscha an.
Hab mit teuflischem Gekungel gemordet und geraubt
und mit Giftgebräu den Dschungel für mein Teufelswerk entlaubt.

Knalle, knalle immer weiter!
Danach kam der Irak dran
und Herrn Bushs tapfere Streiter
bombten in Afghanistan.

Russland hab ich einst versprochen: Keine Osterweiterung!
Doch ich hab mein Wort gebrochen, denn ich bin stets auf dem Sprung.
Um die Ukraine „heimzuholen“, kreise ich jetzt Russland ein.
Auch das Baltikum und Polen spielen mit im Mordsverein.
„Kampf dem Terror!“ heißt die Phrase, die schon drosch „Dabbeljuh“ Bush.
Jetzt reicht meine Heeresstraße von Island bis zum Hindukusch.

Stehe! Stehe!
Denn wir haben, was wir wollten, vollgemessen.
Ach, ich merk es. Wehe! Wehe!
Hab ich doch das Wort vergessen.
Ach, das Wort, worauf der Friede
wieder einkehrt auf der Erde
und die Welt in voller Blüte
wieder lebenskräftig werde.

Immer neue Terroristen treten grausam auf den Plan,
Isis-Schlächter, Dschihadisten, Hamas oder Taliban.
Unholde aus jeder Ecke strömen auf mich zu im Nu.
Bleiben manche auf der Strecke, kommen Hunderte hinzu.
Schwer bewaffnet, schwarze Fahnen schwenken die Unmenschen jetzt.
Ach, das konnte ich nicht ahnen. Ich hab diese unterschätzt.

Doch ich setze Bomber, Drohnen jetzt gegen den IS ein.
Keinen werde ich verschonen und ich werde Sieger sein.
Ich bin technisch überlegen, überall – das weiß man ja.
Ich bin schlau und auch verwegen – eben: Weltmacht USA!

Knalle, knalle!
Meine Schüsse
bleiben aber taube Nüsse.
Denn zum Nutzen der Türkei
schieße ich am Ziel vorbei.

Und so zieht der IS weiter seine blutverschmierte Bahn.
Mag Verrat man auch vermuten, ich lass Kurdistan verbluten,
sehr zur Freude meines guten Bündnispartners Erdogan.

Wehe! Wehe! Diese Horden sind zu weitrem Mord bereit.
Wehe! Wehe! Sie ermorden noch die ganze Christenheit.
Diese Schlächter, diese rohen, für die kein Menschenleben zählt,
unterwandern und bedrohen heute schon die ganze Welt.
Sie kommen wie ein Flächenfeuer, im Handumdrehen sind sie da.
Gefährlich sind die Ungeheuer – so wie die Seuche Ebola.

Hilfe! Hilfe! Großer Meister.
Herr, die Not ist groß.
Die ich rief, die Geister
werd ich nun nicht los.

Doch es ruft kein höheres Wesen:
„In die Ecke, Besen, Besen!“
Niemand ruft zurück die Geister.
Auf keines Zebaoths Geheiß.
Obama hilft kein Hexenmeister
und auch kein Nobel-Friedenspreis.

Heinz Niedermeier





Chemie + Motor = ZSG



50 Jahre erfolgreiche Zentrale Sportgemeinschaft Waltershausen (ZSG)

Am 24. September 1964 versammelten sich die Delegierten der BSG Motor und der BSG Chemie im Waltershäuser Kulturhaus „Hermann Duncker“, um von da an die sportliche Entwicklung der Stadt in der neugegründeten Zentralen Sportgemeinschaft Waltershausen zu gestalten. Dieses Jubiläum wurde am 22. November im Bürgersaal des Freizeitentrums Gleisdreieck mit einer großen Festveranstaltung begangen. Als prominente Gäste des Abends waren u.a. die Ehrenmitglieder Wolfgang Unger, Waldemar Schröder und Alfons Schönknecht sowie die ehemaligen ZSG-Vorsitzenden bzw. Präsidenten Wolfgang Ortlepp, Tilo Bayer, Roland Stiefel und Klaus Wilke eingeladen.

Die Abteilungen des Vereins können teilweise auf eine lange Tradition zurückblicken. Oft hatten die gesellschaftspolitische Veränderungen des 20. Jahrhunderts die Entstehung und Entwicklung der Sportarten beeinflusst. So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Normalisierung des Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone auch Körperkultur und Sport wieder gefördert. 1949 wurde mit der BSG Chemie die erste Betriebssportgemeinschaft bei den VEB Thüringer Schlauch- und Gummiwerken gegründet. 1952 folgte die BSG Motor im VEB IFA Fahrzeugwerk. Beide Sportgemeinschaften standen nun im Wettstreit. Leider wurde dieser nicht nur um sportliche Erfolge ausgetragen. Es wurden auch Sportler, Übungsleiter und Funktionäre abgeworben. Es kam zu Diskrepanzen, die sich hauptsächlich aus dem Verhältnis der beiden Sektionen Fußball ergaben.

Die Spannungen waren Anfang 1962 so groß, dass sich der Kreisvorstand des DTSB einschalten musste. Bei einer Aussprache, an der 30 Vertreter von beiden BSG, Betriebs- und Parteileitungen anwesend waren, wurde ein Aufruf mit dem Titel verfasst: „Wir sind für eine gute Zusammenarbeit im Waltershäuser Sport“. Darin steht aber auch: „Alle Anwesenden wurden sich darüber einig, dass ein Zusammenschluss beider Betriebssportgemeinschaften, wie auch eine Zusammenlegung der beiden Sektionen Fußball nicht mit den Grundprinzipien des DTSB in Einklang zu bringen sind, und dass die Frage einer Breitenentwicklung des Sportes auf allen Gebieten unbedingt in den Vordergrund zu stellen ist.“ Die beiden Vorstände haben

ihre Meinung im Laufe des Jahres 1963 dann doch geändert, so dass es zu Beratungen mit dem Ziel eines Zusammenschlusses kam.

Von den 1960er bis in die 1990er Jahre hatte die ZSG folgende Sektionen: Billard, Bob, Boxen, Fanfarenzug, Fußball, Gerätturnen mit Gymnastik und Prellball, Handball, Judo, Leichtathletik, Radsport, Rennschlittensport, Ringen, Schach, Tennis, Tischtennis, Touristik/Ski und Volleyball. An der Spitze wirkten die schon genannten Ehren Gäste und die bereits verstorbenen Vorsitzenden Arno Müller, Dieter Ritter, Heinz Rudolph und Rudi Weise. Hans König und Inge Fischer organisierten das Gemeinschaftsleben in den Sportbüros der Trägerbetriebe. Werner Mahr und Gerhard Schwabe waren langjährig tätige Schatzmeister. Weitere zahlreiche Sportfunktionäre, Trainer und Übungsleiter sorgten für eine beispielhafte Entwicklung der ZSG. Die Wettkampferfolge ihrer Athleten konnte sich landesweit und auch international sehen lassen. Bei den Kreissportfesten der Werktätigen, beim Erwerb des Sportabzeichens der DDR, bei den Turn- und Sportfesten in Leipzig und Berlin oder bei Feiern und Jubiläen in der Stadt waren stets ZSG-Sportler dabei.

Besonders zu erwähnen sind die Bob-sportler und Olympiateilnehmer Asche und Wiegand sowie der Zweierbob mit Hans-Joachim Heft und Rainer John, der mehrfach der DDR-Meister wurde. Der Boxer Bernhard Wolf erkämpfte 1969 den 3. Platz bei der DDR-Meisterschaft der Kinder und Junioren. Die Billardspieler waren Ende der 1970er Jahre bei Motor Gotha in der 2. DDR-Liga integriert. Die Handball-Frauenmannschaft spielte Anfang der 1990er Jahre in der Bezirksliga, die Herrenmannschaft vor dem Zusammenschluss mit Hörselgau in der Verbandsliga. Die Judoka Awißus belegte 1979 den 3. Platz bei DDR-Meisterschaft der Jugend. Die Radsportler errangen in den 1970er Jahren mehrere Bezirksmeistertitel und waren Ausrichter von nationalen Rennen. Den Ringern gelang 1988 der Aufstieg in die DDR-Liga, nachdem sie den 1. Platz in der Gruppenliga Süd errungen hatten. Erfolgreiche Nachwuchathleten sind Ronny Opp, Florian Crusius oder Hendrik Schwabe. Alfons Schönknecht, einst Schützling von Ringer-Urgestein Dieter Allmrodt, bildet mit Söhnen Bernd, Michael und Mario sowie Nefen Waldemar das Paradebeispiel für eine erfolgreiche Waltershäuser Ringerfamilie. Die Volleyballer konnten von 1983 bis 1988 in der Bezirksklasse mithalten. Die Volleyballerinnen waren von 1998 bis 2001 in der Thü-

ringer Oberliga etabliert, die Männermannschaft in den Jahren 2006 bis 2008.

In der DDR hatte der Leistungssport einen besonderen Stellenwert. In den Sportgemeinschaften wurden die Nachwuchskader für die Kinder- und Jugendsportschulen und Sportclubs herangebildet. In den 1970er Jahren kam es auch bei der ZSG verstärkt zur Gründung von Trainingzentren und Trainingsstützpunkten, so die TZ Radsport und Ringen sowie die TS Boxen und Leichtathletik. Hier haben sich Führungspersonlichkeiten aus den Patenbetrieben (Günter Osdrowski, Joachim Pape) sowie erfahrene Trainer (Albert Heine, Alfons Schönknecht, Martin Bause, Waldemar Pidde) verdient gemacht. Eine frühzeitige einheitliche Sichtung und Auswahl der Talente in den Schulen sowie wissenschaftlich fundierte Trainingsprogramme bildeten die Grundlage der Nachwuchsarbeit. In den Pionier- und FDJ-Aktivs wurde die ideologische Erziehung der künftigen „Diplomaten im Trainingsanzug“ einbezogen. Die Kinder- und Jugendspartakiaden auf Kreis-, Bezirks- und Republik-Ebene waren das wichtigste Wettkampfpodium der Nachwuchssportler.

Die alte Turnhalle am Schulplatz, der Motor-Sportplatz, das Schwimmbad und einige Gaststättensäle waren bis in die 1940/50er Jahren die einzigen Möglichkeiten zum Sporttreiben. Heute verfügt Waltershausen mit der Turnhalle der GutsMuths-Schule, mit der mehrfach erweiterten Sporthalle an der Gothaer Straße, mit der Dreifelderhalle am Schönrasen, mit dem Stadion und den Tennisplätzen (ehemals Chemie-Sportplatz), mit dem Freizeit- und Erholungszentrum am Gleisdreieck (Schwimmbekken, Eishalle, Außenanlagen) sowie mit der Neuen GutsMuths-Gedächtnishalle in Schnepfenthal über hervorragend ausgestattete Sportstätten. Die Kegelbahn am Bahnhofplatz und die Waltershäuser Skihütte an der Heideschenke sind weitere gern besuchte Domizile. In der Zentralen Sportgemeinschaft Waltershausen gehen heute mehr als 300 Mitglieder in den Sportarten Badminton, Billard, Kegeln, Leichtathletik, Prellball, Ringen, Schach, Tennis und Volleyball dem regelmäßigen Trainings- und Wettkampfbetrieb oder einer sinnvollen körperlichen Freizeitbetätigung nach. Der Vorstand besteht aus einer gleichberechtigten kollektiven Leitung mit Klaus Wilke, Rolf Greßler und Gerhard Domkowski sowie der Jugendvertreterin Karin Butz.

Rolf Greßler und Wolfgang Möller

Nach der Stimmabgabe

Jetzt darf es bei den Sozialdemokraten keine Abweichler geben

Die alte Weisheit „Die dümmsten Käber wählen ihren Metzger selber“ hat ihre Bedeutung nicht verloren. Schaut man sich die Wahlergebnisse der Landtagswahl vom 14.9.2014 etwas genauer an, wird man sprachlos. Vor der Wahl hat unsere Landesmutter Lieberknecht CDU verkündet, 40 % plus sei ihr angestrebtes Wahlziel. Nun hat sie aber nur, will man es genau nehmen, rund 17 % Stimmen aller Wahlberechtigten erhalten, denn es sind nur rund 50 % Wahlberechtigte zur Wahl gegangen. Ungeachtet der miserablen Ergebnisse insgesamt spricht sie von einem großen Erfolg. Bei einer derartigen geringen Wahlbeteiligung und so wenigen Stimmen kann man nicht von einem großen Erfolg sprechen. Mehr Einsicht zum Wahlergebnis hat da Evelyn Groß (CDU) gezeigt. Ein schlechtes Zeichen ist, dass fast 50 % der Thüringer nicht zur Wahl gegangen sind. Sie sind wahlmüde, gleichgültig, politikverdrossen und von der Noch-CDU-geführten Landesregierung durch ihre Arroganz der Macht enttäuscht worden.

Verwunderlich ist, dass doch viele Bürger im ländlich geprägten Raum der CDU ihre Stimme gegeben haben. Waren es doch die CDU und SPD, die ein unsoziales, existenzvernichtendes Straßenbeitragsgesetz beschlossen haben, welches alle Hauseigentümer durch Abgaben überfordert. Sind es doch die CDU mit der SPD, die im Landtag die Abwasserbeiträge rechtfertigen. Es wurden Gesetze verabschiedet, die die Bürger abzocken und die kein Bürger befürworten kann und sollte.

CDU und SPD, beide Parteien haben sich dem Thema sozialgerechte Kommunalabgaben immer verweigert. Sachliche Gespräche mit Vertretern von Bürgerinitiativen wurden nie geführt. Wie kann man solche Parteien überhaupt wählen, die dem Bürger unerträgliche Abgaben abverlangen? Einen Denkkzettel hat die SPD von den Wählern erhalten.

Im Dezember 2000 hatte Alt-Ministerpräsident Althaus CDU schon erkannt und gegenüber der Thüringer Allgemeinen eingeräumt und bedauert, das Problem der Kommunalabgaben nicht umfassend gelöst zu haben. Von dieser Erkenntnis ist Noch-Ministerpräsidentin Lieberknecht meilenweit entfernt. Die Bürgerallianz als Dachorganisation aller Bürgerinitiativen Thüringens kämpft nach wie vor gegen praktiziertes Unrecht in Thüringen für die gesetzliche Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau. Straßenausbau und Abwasserentsorgung gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb hat die Bürgerallianz vor der Landtagswahl in Thüringen den etablierten Parteien und Direktkandidaten ihre Meinung zur Abschaffung von Zwangsbeiträgen abverlangt.

Von der CDU begründete Landtagskandidat Steffen G. die Erhebung von Herstellungsbeiträgen damit, dass bei Wegfall der Beitragsfinanzierung die Abwassergebühren erheblich steigen würden. Wie erklärt sich aber, dass in Thüringen über 40 Wasser- und Abwasserzweckverbände nie Herstellungsbeiträge erhoben haben und die Gebühren bewegen sich, obwohl einige Zweckverbände neue Kläranlagen gebaut haben, im Landesdurchschnitt. Außerdem hat oder muss jeder Häuslebauer Erschließungsbeiträge (was rechtmäßig ist) bezahlen. Warum zusätzlich noch Herstellungsbeiträge, und das noch Jahre rückwirkend? Am schlimmsten trifft es die Bürger im ländlichen Raum wegen großer Grundstücke.

Kay V. (SPD) – er kandidierte ebenfalls für den Landtag – schrieb zu Herstellungsbeiträgen, dass nötige Investitionen bei Abwasser und Straßenausbau aus Steuermitteln zu zahlen, möglicherweise nicht gerecht wäre. Er schrieb weiter: „Eigentum verpflichtet nun mal.“ Da hat er recht! Wer sind die Eigentümer der Straßen und der Abwasserverbände? Nicht die Hauseigentümer, die man schröpfen will, sondern die Kommunen, Kreise, das Land und der Bund. Warum werden dann die Hauseigen-

tümer zur Kasse gebeten? Der Staat nimmt genügend Grund-, Gewerbe-, Mehrwert-, Kraftfahrzeugsteuer usw. ein und sollte damit die erforderliche Infrastruktur in einem intakten Zustand erhalten. Herr V. schrieb weiter, dass durch eine gute Infrastruktur im Umfeld der Wert einer Immobilie gesteigert wird. Unsinn! Er übersieht dabei, wie unsere Bürger durch Lärm, Abgase, Smog, zunehmenden Straßenverkehr usw. – alles erhebliche Krankmacher – in ihrer Gesundheit geschädigt werden. Viele Hausbewohner können wegen dieser Belastungen des nachts nicht ruhig schlafen und können schon lange straßenseitig kein Fenster mehr öffnen. Erkennbar ist, dass unzählige Häuser und Wohnungen an verkehrsreichen Straßen leer stehen.

Phillipp G. (DIE LINKE) schreibt zu Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen folgendes: DIE LINKE tritt seit Jahren vehement für die Abschaffung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen ein. Einzig und allein hat diese Partei verstanden, dass die Abgabepolitik in Thüringen unerträglich ist. Wenn auch einige unbelehrbare stetig diese Partei kritisieren, sie auf gröbste beleidigen ist sie näher am Bürger und setzt sich mehr für soziale Gerechtigkeit ein als CDU und SPD. Man hat den Eindruck, Menschen urteilen über Bodo Ramelow, die ihn nie persönlich kennen gelernt haben. Ich habe ihn in mehreren Gesprächen als einen klugen, bürgernahen, weltoffenen Politiker kennen gelernt. Beleidigungen, die er oft ausgesetzt war, gingen weit unter die Gürtellinie. Warum soll eigentlich ein linker Ministerpräsident ein schlechter sein? Warum wird er ständig mit unredlichen Mitteln bekämpft?

Wenn die SPD einen ehrlichen Machtwechsel in der Staatskanzlei will, wie vor der Landtagswahl angekündigt, kann man nur hoffen, dass sie nicht wieder umfällt und zu ihrem Wort steht. Bündnis 90/Die Grünen sollten nicht so viel über Privatschulen debattieren, sondern mehr den Bürgeranliegen gerecht werden.

Horst Reising, Waltershausen

Unter der Drachentöter-Gürtellinie (W. Biermann):

„Die Linke ist der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist.“

Zur Landtagswahl 2014 in Thüringen wurde DIE LINKE mit 28,2 Prozent zweitstärkste Kraft.

Die Schwarze Null

Von Politikersprech und Bürokratenunsinn

0 = 0, 0 + 0 = 0, 0 x 0 = 0. Damit wäre eigentlich alles gesagt. Nicht so bei einigen Finanzpolitikern und Sparkassenbürokraten. Neben der „Schwarzen Witwe“ und dem „Schwarzen Peter“, haben Finanzpolitiker „Die Schwarze Null“ zur Verschleierung ihres Tuns erfunden. Schwarz durchläuft die Gefühlsskala von „giftig“ über „schlechte Karte“ bis „Tolles Ergebnis geschafft – Haushalt schuldenfrei“. Für wie dumm hält man uns eigentlich? Man lässt sich feiern, weil man keine neuen Schulden gemacht hat und lenkt von der Staatsverschuldung ab.

Zur Erinnerung: Staatsschulden Ende 2014: 2,147 Milliarden Euro, Bevölkerung per 30.9.2013: 80 716 000, rund 81 Millionen Bürger – ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von

2 147 000 000 000 Euro pro 81 Millionen Einwohner = $2\,147\,000 : 81 = 26\,506$ Euro vom Säugling bis zum Greis. Also jeder ist mit 26 506 Euro verschuldet.



Dieser Schuldenberg ist das Erbe für die junge Generation. Wird das je zurückgezahlt? Wenn es eine Schwarze Null gibt, gibt es dann auch eine Rote? Ist die Schwarze eine CDU-Null und die Rote eine SPD-Null?

Einen besonderen Trick haben sich die Bürokraten der Kreissparkassen einfallen lassen (plus oder minus vor einer Zahl) kann einerseits als Vorzeichen positive und negative Zahlen kennzeichnen, außerdem kann es Operationszeichen sein. Bei der Sparkasse wird das Operationszeichen

nachgestellt. Quartalsrechnung (Zinsen): „Abrechnung per ... 0,00 + „Sollzinssätze am... 14 000 v.H. für Kontoüberziehungen“

Da freut sich aber der Deutsche Michel, in jedem Quartal werden seinem Konto 0,00 Euro Zinsen zugeschlagen, das auch noch genau auf Euro und Cent. Wie schlimm wären 0,00 Zinsen gewesen? Da kann man doch glatt die 14 Prozent für Kontoüberziehung vergessen. Die Leitzinsen liegen bei 0,05 Prozent. Durch die Inflationsrate verliert mein Geld auf dem Girokonto ständig an Wert. Wir weinen Krokodilstränen, wenn Wälder für unnützen Papierverbrauch geopfert werden und regen uns nicht einmal über solchen bürokratischen Schwachsinn auf. Die Sparkasse findet 0 Prozent für das Geld auf meinem Girokonto, aber 14 Prozent für Überziehung völlig in Ordnung. Ich ganz gewiss nicht!

Folgen wir Brechts „Lob des Lernens“:
„Lass dir nichts einreden!
Sieh selber nach!“

**Siegfried Zoll,
Gotha**

Generalangriff auf die Bürgerrechte

NSA-Untersuchungsausschuss soll Geheimdienst-Philosophie aufklären

Ein achtköpfiger Untersuchungsausschuss soll jetzt die Abhöraffaires um den US-Geheimdienst NSA aufklären. Mitte März hatten sich die Bundestagsfraktionen auf die Einsetzung des Ausschusses verständigt, nachdem die schwarz-rote Koalition anfangs noch auf Zeit gespielt hatte. Insbesondere soll das Gremium klären, „ob, in welcher Weise und welchem Umfang“ deutsche Daten unter anderem durch US-amerikanische Nachrichtendienste ausgespäht, ausgewertet und weitergegeben wurden. Mit ihrem Antrag haben LINKE und Grüne erfolgreich durchgesetzt, dass die Geheimdienste ihre gesamte Überwachungspraxis auf den Tisch legen müssen, denn deren Beteiligung an Grundrechtsverletzungen und die Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten ist noch längst nicht vollständig bekannt. Das Gremium muss die Lehren aus der Arbeit anderer Untersuchungsausschüsse ziehen und darf keine



falsche Rücksicht auf die Interessen der Geheimdienste nehmen. Um zu verhindern, dass der Untersuchungsausschuss ein geheim tagendes Gremium wird, müssen Transparenz und Öffentlichkeit zentrale Punkte der Arbeit sein. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie umfassend ihre Daten überwacht und weitergegeben werden. Gemeinsam mit den Grünen will die LINKE erreichen, dass

Edward Snowden vor dem Ausschuss aussagen kann und dafür den notwendigen Schutz der Bundesregierung erhält. Weitere potenzielle Zeugen des Ausschusses sind Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank Walter Steinmeier. Doch nicht nur die Aufklärung steht im Mittelpunkt. Nach dem Generalangriff auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und des Staates muss der Ausschuss die Konsequenzen für einen effektiven Grundrechtsschutz ziehen. Dazu gehört auch, wie wir uns künftig vor Überwachung schützen, wenn besonders im Bereich der Geheimdienste sicherheitsensible Infrastrukturen zunehmend privatisiert werden. Für die Beantwortung dieser Frage müssen wir uns besonders mit anderen europäischen Ländern verständigen, denn natürlich macht die Ausforschung nicht an nationalen Grenzen Halt.

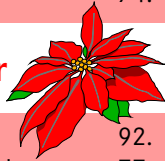
**Martina Renner,
Obfrau der LINKEN im NSA-
Untersuchungsausschuss
des Bundestages**



Wir gratulieren nachträglich zum Geburtstag im November

01.11.	Jürgen Seifert	Aspach	65.
13.11.	Otto Stöckigt	Gotha	91.
13.11.	Otto Preuk	Gotha	84.
13.11.	Lothar Krug	Ingersleben	63.
15.11.	Marie Zimmermann	Gotha	90.
15.11.	Rudolf Singer	Ohrdruf	89.
16.11.	Karl-Heinz Uschmann	Gräfenhain	81.
16.11.	Friedel Schmidt	Mühlberg	71.
16.11.	Robert Wiegand	Gotha	63.
17.11.	Renate Maaz	Gotha	64.
24.11.	Hannelore Herr	Siebleben	86.
24.11.	Edelgard Gläser	Mühlberg	75.
28.11.	Lothar Schulz	Gotha	85.
28.11.	Hannelore Just	Dachwig	74.

und recht herzlich im Dezember



05.12.	Rudi Frank	Gotha	92.
05.12.	Willi Albrecht	Luisenthal	77.
07.12.	Otto Beier	Tambach-Dietharz	93.
07.12.	Peter Kellner	Friedrichroda	70.
09.12.	Günter Steding	Waltershausen	79.
14.12.	Alfred Pieper	Gotha	94.
14.12.	Lieselotte Garz	Gotha	78.
18.12.	Jutta Rusche	Gotha	74.
18.12.	Peter Arlt	Gotha	71.
18.12.	Walter Funk	Petritroda	63.
19.12.	Klaus Perl	Wölfis	62.
21.12.	Siegfried Pytel	Döllstädt	67.
23.12.	Ursula Hoene	Tabarz	77.
26.12.	Heinz Bellwitz	Waltershausen	89.
26.12.	Heinz Eberhardt	Siebleben	86.
28.12.	Hartwig Wienck	Dachwig	75.
30.12.	Bernd-Helmut Ernst	Gotha	68.
31.12.	Hartmut Hawel	Wandersleben	66.

Liebe Klarsicht-Leser, liebe Genossinnen und Genossen, das wohl aufregendste, aber auch erfolgreichste Jahr für unsere Partei geht seinem Ende entgegen. Wahlkämpfe, Programmdiskussionen, Parteitage und gemeinsame Entscheidungen haben uns das ganze Jahr in Bewegung gehalten, vielfältige Kontakte und nachdenkliche Situationen erzeugt – mit dem Erfolg, dass unsere Partei in Thüringen erstmals in der Geschichte die Chance einer Regierungsführung hat. Das ist einmalig in der Geschichte. Alle Nebenschauplätze, wie Geschichtsdefamierung der DDR, Unrechtsstaatsdiskussionen oder verbale Angriffe müssen in den Hintergrund gerückt werden. Ich möchte euch nicht nur erholsame und entspannte Feiertage wünschen, sondern mich noch einmal recht herzlich bei allen bedanken, die mitgekämpft haben.

Euer Bernd Fundheller

Ist doch klar(sicht) ...



Gott zum Gruß,
Bruder Joachim. Unser
Herr Jesus hätte auch
links gewählt!

Joachim Gauck im ARD-Interview am 2. November 2014:
„Es gibt Teile in dieser Partei, wo ich – wie viele andere auch – Probleme habe, dieses Vertrauen zu entwickeln.“

Unser Lesetipp!

Buchempfehlungen für Sie

Vom Mann an der Seite von »Peter 34«

Erfahren Sie mehr Details als je zuvor

Punktlich zum 20. Todestag von Erich Honecker erschienen

Bernd Brückner
An Honeckers Seite
Ob Jagdausflug, Bad in der Menge, Militärparade oder Staatsbesuch: Brückner fehlt auf keinem Protokollbild. Er war für Honeckers Sicherheit zuständig. Zwanzig Jahre nach dem Tod seines ehemaligen Chefs »Peter 34« bei den Personenschützern genannt - erinnert sich Brückner an die Zeit an Honeckers Seite. Und er erzählt Erstaunliches und Unbekanntes. Denn obwohl man meint, dass eigentlich längst alles über Erich Honecker berichtet worden sei, überrascht Brückner mit viel Neuem.
288 Seiten
Nr.: 10190
14.99

Termine im Dezember 2014

08.12. 18:00	Sitzung Stadtratsfraktion	Geschäftsstelle
15.12. 18:00	Sitzung Stadtratsfraktion	Geschäftsstelle
16.12. 16:00	Kreisvorstandssitzung	Geschäftsstelle
17.12. 17:00	Stadtrat Gotha	Rathaus Gotha

Vom 22.12.2014 bis zum 2.1.2015 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

DIE LINKE.

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Telefon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; www.die-linke-gotha.de; **Redaktion:** 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; Telefon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; **Redaktionsleiter:** Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; **Redaktionsmitglieder:** Christine Brand, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Sebastian Schreiner; **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich; **Redaktionsschluss:** 15. des Vormonats; **Zuschriften:** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; **Konto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH